

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK

AN DER JAHRESWENDE 1963/64

Vorwiegend mit einem gedämpften Optimismus sind beim Jahresende die Wirtschaftsaussichten im neuen Jahr beurteilt worden. Die Gefahr eines Konjunkturrückschlages wurde im Laufe des vergangenen Jahres überwunden, und die letzten Monate brachten einen im ganzen befriedigenden Wirtschaftsaufschwung. Er wird sich aller Voraussicht nach im Frühjahr fortsetzen, nachdem die durch den Winter bedingte saisonale Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit ihr Ende gefunden hat.

In den letzten Monaten des Jahres 1963 konnten die Produktionskapazitäten wieder besser ausgenutzt werden als noch einige Monate zuvor. Außerdem verringerten sich die Unterschiede zwischen den konjunkturbegünstigten Branchen und jenen, die weiterhin im Konjunkturschatten sind; im ganzen wirkte die Konjunktur ausgeglichener.

Die wieder wachsende Zuversicht in die Konjunktorentwicklung hat zu einer spürbaren Verbesserung des *Investitionsklimas* beigetragen. Die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern, die längere Zeit rückläufig war, belebte sich im 2. Halbjahr 1963 rasch. Freilich sind wir noch weit von einem erneuten Investitionsboom entfernt, zumal in der Investitionsgüterindustrie selbst und in einigen bedeutenden Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (z. B. in der Stahlindustrie) noch erhebliche Kapazitätsreserven vorhanden sind.

In der *Vorratshaltung* der weiterverarbeitenden Unternehmen scheint sich in wichtigen Bereichen ein Umschwung zu vollziehen. Das Bestreben, die Vorräte zu verringern und klein zu halten, ist dort offensichtlich einer Tendenz zu erneuter Auffüllung der Vorratslager gewichen. Der Grund für diesen Wandel dürfte in den besseren Absatzerwartungen sowie in Preissteigerungen auf den Weltmärkten liegen. Auch die Vorräte an Fertigwaren, insbesondere im Handel, sind nicht mehr erhöht, so daß die Endnachfrage entsprechende Bestellungen bei der Industrie auslöst. Die stärksten konjunkturellen Impulse gehen weiterhin von der *Auslandsnachfrage*, insbesondere nach Investitionsgütern, aus. Auch die *Bautätigkeit* war in den letzten Monaten des vergangenen Jahres unverändert konjunkturbestimmend. Inwieweit der Winter hier eine Pause erzwingt und in welchem Ausmaß Winterbaumaßnahmen möglich sind und auch durchgeführt werden, ließ sich bei der Ab-

fassung dieses Berichts¹⁾ natürlich noch nicht voraussagen. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat allerdings erheblich nachgelassen. Jedoch ist der Bauüberhang immer noch so groß, daß die Bemühungen der Bauwirtschaft, ihr Angebot auszuweiten, nicht nachgelassen haben.

Der private Verbrauch als die größte konjunkturstützende Kraft wächst in einem ruhigen Tempo weiter. Maßgebend hierfür ist einmal, daß die Zuwachsrate der Löhne und Gehälter abgenommen hat und daß zum anderen ein größerer Teil des Einkommens gespart wird.

Bundesregierung für Preiserhöhungen verantwortlich

Mit Sorge muß indessen die *Preisentwicklung* betrachtet werden. Der größere Teil der im letzten Jahr erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen geht durch den gleichzeitigen Anstieg der Preise wieder verloren. Diese Erhöhung des Preisniveaus ist, wie die Bundesbank (in ihrem Monatsbericht vom Oktober 1963, S. 33) richtig feststellt, „nicht auf die Konjunktorentwicklung oder, genauer, auf einen schon heute wieder zu raschen Anstieg der Nachfrage“ zurückzuführen, sondern in erster Linie auf administrative Preisanhebungen, die Freigabe der Mieten in den sogenannten „weißen Kreisen“ sowie auf „Preismanipulationen zur Verbesserung der Einkommenslage der Landwirtschaft“. Das heißt mit anderen Worten, daß die Lohnerhöhungen nicht für den Preisanstieg verantwortlich gemacht werden können. Obwohl sich die Lohnerhöhungen anerkanntermaßen in einem volkswirtschaftlich vertretbaren, preisneutralen Rahmen gehalten haben, ist das Preisniveau dennoch erheblich angestiegen. Vom November 1962 bis zum November 1963 verteuerte sich die Lebenshaltung im Durchschnitt um 3,6 vH. Für die nächsten Monate ist leider mit weiteren Preissteigerungen, vor allem bei Nahrungsmitteln, zu rechnen. Sie könnten zum großen Teil vermieden oder abgeschwächt werden, wenn die Bundesregierung auf dem Agrarsektor auch die Interessen der Verbraucher und nicht nur einseitig die der Landwirtschaft berücksichtigen würde. Jedenfalls wird ein weiteres Ansteigen der von der Bundesregierung politisch manipulierten Preise nicht ohne Einfluß auf die Lohn- und Gehaltspolitik bleiben können.

Beispielhaft für die den Verbraucher benachteiligende Preispolitik der Bundesregierung ist der gegenwärtige Auftrieb der Fleisch- und Wurstpreise. Hierzu schrieb die der CDU nahestehende, deshalb gewiß nicht übertrei-

1) Dieser Bericht wurde am 12. Dezember 1963 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Oktober 1963 vor.

bende *Kölnische Rundschau* (am 29. November 1963): „Die Hausfrauen sind aus Erfahrung skeptisch. Und ihre Unruhe wächst. Nicht beunruhigt ist das Bundesernährungsministerium. Wochenlang hat es mit erstaunlicher Gelassenheit zugehört, wie die Fleisch- und Wurstpreise stiegen, bei uns und auch ‚draußen‘ in den EWG-Partnerländern. Aber während man dort längst der unliebsamen Teuerungswelle mit geeigneten Maßnahmen wirksam zu begegnen mußte — etwa durch Erleichterung der Einfuhr, durch Abbau der nachgerade berichtigt werdenden Abschöpfungen —, sah sich der Vertreter des Bundesernährungsministeriums dadurch keineswegs veranlaßt, seinerseits Gleichartiges zur Entspannung des Marktes auch bei uns zu befürworten oder in die Wege zu leiten. Wochenlang ist eine Senkung der hohen Abschöpfungsbeträge für Einfuhren nach Deutschland verhindert worden. Erst in dieser Woche stimmte auch der Vertreter Bonn's einer Verordnung des EWG-Ministerrats zu, die das Ansteigen der Schweinefleischpreise stoppen soll. Inzwischen haben sie einen Rekordhöchststand erreicht, den höchsten seit Kriegsende. Und wenn man den Männern glauben kann, die von diesem Geschäft einiges verstehen, dann werden sie auch noch weiter klettern . . . Das sind schöne Aussichten! Daß wir sie dem Bundesernährungsministerium, also der Bundesregierung, zu danken haben, daran ist ein Zweifel wohl nicht erlaubt. Wenn die Preise jetzt manipuliert werden können, dann wäre das ja auch möglich gewesen, bevor sie so hoch geklettert waren. . .“

Diesem Zitat ist lediglich hinzuzufügen, daß die Bundesregierung das — im Verlauf des „Schweinezyklus“ — knapper gewordene Angebot an Fleisch noch künstlich verknappte, indem sie durch hohe Ausfuhrprämien die Ausfuhr von Schweinen anregte und indem ihre Einfuhr- und Vorratsstelle große Mengen an Rindern — mit Steuergeldern — aufkaufte und einlagerte. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Bundesregierung als einziges EWG-Land — und obwohl wir die höchsten Schweinepreise haben — den Abschöpfungsbetrag nicht voll aufgehoben, sondern nur um ein Drittel ermäßigt hat.

„Bei einem Absinken der Preise dürfte indessen die Bundesregierung sicherlich schneller die geeigneten Schaltknöpfe bedienen“, meint *Die Zeit* (in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 1963) und gibt damit einem weitverbreiteten Mißtrauen in die Preispolitik der Bundesregierung Ausdruck. Diese Skepsis wurde auch bei einer kürzlich erfolgten Meinungsumfrage offenkundig, als fast drei Viertel der Befragten die Ansicht vertraten, daß die Preise weiter steigen würden. Nach den Preiserhöhungen für Milch, Butter, Käse, Eier, Fleisch, Fisch, Brot, Reis, Brennstoff, Mieten, Bekleidung — um nur die wichtigsten zu nennen —,

sind als Folge neuer EWG-Marktordnungen weitere spürbare Preissteigerungen bei Margarine, Pflanzenfetten, Milch, Butter, Käse, Reis und Haferflocken zu befürchten.

Bruttosozialprodukt

stieg auf rund 378 Md. DM

Über das Gesamtergebnis der Wirtschaftstätigkeit in der Bundesrepublik und in Westberlin konnte es bei der Abfassung dieses Berichts noch keine amtlichen Berechnungen geben, wohl aber gab es bereits Schätzungen von verschiedener Seite²⁾. Ihnen zufolge war annähernd die Hälfte des Sozialproduktszuwachses auf den Anstieg der Preise zurückzuführen. Man schätzt, daß das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik (einschließlich Westberlin) im Jahr 1963 nominal um 6 bis 6,5 vH höher war als im Jahr 1962 und 377 bis 378 Md. DM betrug. Wird das Bruttosozialprodukt des Jahres 1963 aber nach den unveränderten Preisen des Jahres 1962 berechnet, dann ergibt sich eine *reale* Wachstumsrate von nur 3 bis 3,3 vH. Das ist die niedrigste Rate seit dem Jahr 1958; damals, im Wellental vor dem letzten Boom, betrug der Zuwachs 3,3 vH. Im Jahr 1962 hatte das Bruttosozialprodukt *real* noch um 4,4 vH zugenommen.

Dieses Ergebnis wäre allerdings auch 1963 erreicht worden, wenn nicht der ungewöhnlich harte Winter im 1. Vierteljahr 1963 fast zur wirtschaftlichen Stagnation geführt hätte; die Zuwachsrate des 2. Halbjahrs 1963 entspricht dagegen der des 2. Halbjahrs 1962. Auch für das ganze Jahr 1964 wird vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die reale Zuwachsrate mit 4,5 vH wieder in der gleichen Höhe wie im Jahr 1962 geschätzt.

Sieht man sich die großen Posten in der Sozialproduktsrechnung für 1963 — so wie sie vom DIW geschätzt wurden — an, dann entsteht folgendes Bild: Die Nettolöhne und -gehälter waren 1963 entsprechend dem Sozialproduktswachstum um rund 6 vH höher als 1962. Stärker noch, um 6,5 vH, nahmen die ausgeschütteten Gewinne zu. Die Selbständigen haben also im vergangenen Jahr ihre — an sich schon höhere — Lebenshaltung mehr verbessert als die Arbeitnehmer. Das sollte nicht vergessen werden, wenn darüber geklagt wird, daß die nichtentnommenen Gewinne auch 1963 noch etwas zurückgingen — nach der Schätzung des DIW um 3,5 vH

2) Die ausführlichste Schätzung hatte bis dahin das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 5. November 1963 vorgelegt. Wir folgen im wesentlichen dieser Schätzung. Während der Drucklegung dieses Heftes erschien der Wirtschaftsbericht der Bundesregierung. Die dort angegebenen Daten über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1963 decken sich weitgehend mit den Angaben des DIW.

gegenüber einem Rückgang um 11,7 vH im Jahr 1962 und um 16,3 vH im Jahr 1961. Für 1964 wird dagegen wieder eine Zunahme der nichtentnommenen Gewinne vorausgeschätzt, und zwar um 4,5 vH.

Im Jahr 1963 wurde mehr gespart als 1962; die Sparquote erhöhte sich auf fast ein Zehntel des verfügbaren Einkommens. Infolgedessen blieb die Zunahme des privaten Verbrauchs mit rund 5,5 vH hinter der des Einkommens ebenso zurück wie hinter der des Sozialprodukts. Doppelt so stark, nämlich um 11 vH, wuchs indessen der öffentliche Verbrauch. Die differenzierte Entwicklung bei den Investitionen kommt darin zum Ausdruck, daß die Zuwachsrate bei den Bauten 8,5 vH, bei den Ausrüstungen aber nur 2,5 vH betrug.

Die *Industrieproduktion* ist im vergangenen Jahr — wieder nach der Schätzung des DIW — je Arbeitstag um 3,4 vH angestiegen. Die Ergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik reichen indessen erst bis zum Monat Oktober 1963. In diesem Monat produzierte die Industrie um 4,6 vH mehr als im Oktober 1962. Überdurchschnittlich war mit 7,6 vH die Produktionszunahme in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, wobei allerdings die Eisen- und Stahlproduktion stagnierte — nachdem sie längere Zeit sogar rückläufig gewesen war —, während insbesondere die Industrie der Steine und Erden, die chemische Industrie, die Aluminiumhütten-Produktion sowie die Mineralölverarbeitung auf der Sonnenseite der Konjunktur standen. Ähnlich wie in der Stahlerzeugung wurde im Oktober 1963 erstmals seit längerer Zeit im Maschinenbau ein Produktionsrückgang von einem geringfügigen Überschreiten des Produktionsergebnisses vom Oktober 1962 abgelöst. Überdurchschnittlich nahm der Fahrzeugbau zu. Im ganzen wies die Investitionsgüterindustrie einen Zuwachs von 1,8 vH auf, die Verbrauchsgüterindustrie eine Zunahme um 2,8 vH und die Ernährungsindustrie einen Anstieg um 7 vH.

Bemerkenswert ist, daß die im 3. Vierteljahr 1963 um 4,1 vH und im Oktober um 4,6 vH größere Industrieproduktion mit einer geringeren Zahl von Beschäftigten und in einer geringeren Zahl von Arbeiterstunden erzielt wurde. Nach Schätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums war im 3. Vierteljahr 1963 das Produktionsergebnis je geleistete Arbeiterstunde — also die *Arbeitsproduktivität* — in der Industrie um annähernd 7 vH höher als ein Jahr zuvor, im Vergleich zu rund 6 vH im 2. Vierteljahr und rund 5 vH im 1. Vierteljahr 1963.

Während die *Beschäftigtenzahl* in der Industrie abnahm, stieg sie im Baugewerbe sowie in den Dienstleistungsbereichen an. Insgesamt dürfte die Zahl der beschäftigten Ar-

beitnehmer im Herbst 1963 um etwa 1 Vä vH höher gewesen sein als vor Jahresfrist. Dabei nahm die Zahl der ausländischen Arbeiter allein um rund 115 000 (auf 820 000) zu. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende November des vergangenen Jahres 133 000, das waren knapp 1700 mehr als im November 1962.

Erfreuliche Entwicklung der Auftragseingänge

Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen entwickelte sich während der letzten Monate im ganzen zufriedenstellend. Nachdem die Industrie bereits seit Beginn des Jahres 1963 einen wachsenden Anstieg der Aufträge aus dem Ausland verzeichnen konnte — im 3. Vierteljahr 1963 betrug die Jahres-Zuwachsrate nicht weniger als 23 vH und im Oktober 21 vH —, nahmen seit dem Sommer auch wieder die Auftragseingänge aus dem Inland im Vergleich zu den gleichen Vorjahrszeiträumen zu. Im 3. Vierteljahr 1963 konnte die Industrie um 4,7 vH und im Oktober um 8,5 vH mehr Bestellungen verbuchen als zuvor. Die starke Zunahme der Auslandsnachfrage verteilte sich in den letzten Monaten ziemlich gleichmäßig auf alle großen Industriebereiche.

Für die Konjunkturbeobachtung sind die Auftragseingänge in der Investitionsgüterindustrie — und hier wieder vor allem in den beiden typischen Zweigen: Maschinenbau und elektronische Industrie — besonders interessant. In der gesamten Investitionsgüterindustrie war schon seit Ende 1962 wieder eine rasche Zunahme der Auslandsaufträge festzustellen, im 3. Vierteljahr 1963 sogar in Höhe von 24 vH und im Oktober von 21 vH im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahrszeiträumen. Bis zur Jahresmitte 1963 nahmen dagegen die Inlandsbestellungen in der Investitionsgüterindustrie ab. Seitdem konnten die unternehmen dieses Industriebereichs jedoch eine Zunahme der Inlandsaufträge um durchschnittlich rund 10 vH verbuchen. Erfreulich ist die Entwicklung insbesondere im Maschinenbau mit einer Zunahme der gesamten Auftragseingänge um 22 vH im September und um 26 vH im Oktober 1963, erfreulich auch dann noch, wenn man berücksichtigt, daß die Auftragslage in den Vergleichsmonaten des Jahres 1962 ungünstig war. Auch in der elektrotechnischen Industrie waren die Eingänge und Bestellungen im Oktober 1963 um 23 vH höher als im Oktober 1962.

Gutes Exportgeschäft

Vor allem das Exportgeschäft mit den EWG-Ländern hat sich belebt. Nach Angaben der Bundesbank (in ihrem Monatsbericht vom Oktober 1963, S. 35) „entfielen von der gesamten Ausfuhrsteigerung im dritten Quartal (verglichen mit der entsprechenden Vor-

jahrsperiode) auf Italien 28 vH, auf Frankreich 14 vH sowie auf Belgien, die Niederlande und Luxemburg weitere 25 vH, d. h. auf die EWG-Länder zusammen zwei Drittel, während der Anteil dieser Länder an der Gesamtausfuhr 1962 nur etwa ein Drittel ausmachte“. Der Anteil Frankreichs und Italiens an der Zunahme des Gesamtexports — 42 vH im 3. Vierteljahr — war im 1. Halbjahr mit rund 70 vH sogar noch größer gewesen. Eine Ursache für diese Konzentration auf den EWG-Raum liegt in der am 1. Juli 1963 in Kraft getretenen weiteren Senkung der Zölle für gewerbliche Erzeugnisse *innerhalb* der EWG. Sie fiel in Frankreich und Italien, die den höchsten Zollschutz in der EWG haben, besonders ins Gewicht und begünstigte den deutschen Export dorthin. Außerdem haben starke Preiserhöhungen in Frankreich und Italien die Preisrelationen zugunsten der deutschen Waren verändert und deren Absatzchancen in diesen beiden Ländern verbessert. Allgemein sind unseren Exporteuren die zur Zeit wieder relativ kurzen Lieferfristen für deutsche Erzeugnisse zugute gekommen und im Handel mit Großbritannien und den USA darüber hinaus der dortige erneute Konjunkturaufschwung.

Der Wert der Ausfuhr aus der Bundesrepublik entspricht 15 vH des Bruttosozialprodukts. Die Bedeutung sowohl der Bundesrepublik für den Welthandel als auch umgekehrt der Weltmärkte für die Bundesrepublik wird sehr gut aus einer Übersicht über den Welthandel erkennbar, die von der Bundesregierung Ende November 1963 veröffentlicht wurde. Danach liegt die Bundesrepublik mit einem Anteil von 9,4 vH an der gesamten Weltausfuhr (im Jahr 1962) und einem Anteil von 8 vH an der Welteinfuhr an zweiter Stelle hinter den USA, deren Anteile 15,1 vH bzw. 12 vH betragen. Die Ausfuhr an Fertigwaren — das sind vor allem Industrieerzeugnisse — war sogar fast so groß wie die der USA. Am Außenhandelsumsatz der EWG-Länder war die Bundesrepublik im Jahr 1962 mit 37 vH beteiligt gewesen.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1963 führte die Bundesrepublik Waren im Wert von 47 Md. DM aus; das waren fast 8 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sowohl der Wert der gleichzeitigen Einfuhr als auch deren Zuwachsrate waren erheblich niedriger. Von Januar bis Oktober 1963 wurden Waren im Wert von 42,9 Md. DM eingeführt und damit 6 vH mehr als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Allerdings ist in diesen Zahlen auch die — insbesondere im 1. Halbjahr 1963 stark erhöhte — Einfuhr an Rüstungsgütern enthalten, während andererseits die Zahlen von 1962 statistisch überhöht waren, da ihnen Abschreibungen aus frühe-

ren Zollvormerklagern zugezählt worden waren. Bleibt beides unberücksichtigt, ergibt sich, daß die kommerzielle Einfuhr nur um 3 vH zugenommen hat. Dabei hat sich der Anstieg der Einfuhren an kommerziellen Enderzeugnissen erheblich abgeschwächt; die Zuwachsrate ging von 20 vH im Jahr 1962 auf 9 vH im 3. Vierteljahr 1963 zurück. Hierbei machen sich die Preisberuhigungen auf den Inlandsmärkten, die Normalisierung der Lieferfristen und die Preissteigerungen in einigen Konkurrenzländern bemerkbar.

Die Differenz in der Ausfuhr- und in der Einfuhrentwicklung hat zu einer beträchtlichen Erhöhung des Aktivsaldos unserer Außenhandelsbilanz geführt. In den ersten zehn Monaten 1963 wurden für 4,1 Md. DM mehr Waren ausgeführt als zur gleichen Zeit eingeführt wurden. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1962 betrug der Unterschied nur 3 Md. DM.

Günter Pehl